



Impulspapier: Kein Schlussstrich!

Verbrechen des NSU vollständig aufklären - Rechtsterrorismus bekämpfen!

Enver Şimşek,

Abdurrahim Özüdoğru,

Süleyman Taşköprü,

Habil Kılıç,

Mehmet Turgut,

İsmail Yaşar,

Theodoros Boulgarides,

Mehmet Kubaşık,

Halit Yozgat,

Michèle Kieseewetter,

wurden aufgrund rassistischer und extrem rechter Motive ermordet.

Dutzende wurden verletzt. Über viele Jahre wurden die Angehörigen der Mordopfer sowie die Verletzten der Anschläge mit Zweifeln allein gelassen, durch wen und wieso die Morde und Anschläge begangen wurden. Noch schlimmer, sie rückten sogar selbst in den Fokus, wurden beschuldigt und verdächtigt. Die Traumata der Betroffenen und ihrer Angehörigen wirken bis heute fort.

Erst nach dem 4. November 2011 wurden die Morde mit dem rechten Terrornetzwerk des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ - kurz NSU - assoziiert. Neben den Morden werden drei Sprengstoffanschläge, bei denen dutzende Menschen verletzt wurden, und Raubüberfälle mit ihm in Verbindung gebracht. Die Selbstenttarnung des NSU jährt sich in diesem Jahr zum zehnten Mal. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach der Selbstenttarnung des NSU rückhaltlose und vollständige Aufklärung versprochen.



Nach dreizehn parlamentarischen Untersuchungsausschüssen im Bundestag und in den Landesparlamenten sowie dem Gerichtsverfahren vor dem Oberlandesgericht in München müssen wir feststellen, dass noch viele Fragen offengeblieben sind. Der NSU-Komplex ist immer noch nicht vollständig aufgeklärt!

Viel zu schnell verengte sich die öffentliche Debatte, aber auch die Arbeit der Behörden, auf das Kerntrio des NSU. Mögliche größere terroristische Zusammenhänge, das Unterstützer*innennetzwerk, Geldflüsse, Verbindungen zur Organisierten Kriminalität wie auch die internationale Vernetzung extrem rechter Akteur*innen und die damit zusammenhängenden Fragen gerieten schnell aus dem Blick und sind bis heute nicht zufriedenstellend aufgeklärt. Zudem wurde die Aufklärung an vielen Stellen durch die Sicherheitsbehörden selbst behindert, wenn es zum Beispiel um die geführten Quellen im rechten Spektrum ging. Das Bewahren von Staatsgeheimnissen und der Informant*innen- und Quellenschutz wurden über die Aufklärung gestellt.

Dies alles führte dazu, dass bis heute keine ausreichenden Reformen im Bereich der Innenpolitik und im Kampf gegen rechten Terror umgesetzt worden sind. In den vergangenen Jahren kam es zu weiteren schwerwiegenden rechtsterroristischen Terroranschlägen, so u.a. dem Anschlag am OEZ in München, dem Mord an Walter Lübcke, dem Anschlag auf die Synagoge in Halle und dem Anschlag in Hanau. Das Aufkommen des „NSU 2.0“ und die Aufdeckung immer neuer rechter Vorfälle und Netzwerke in den Sicherheitsbehörden haben neben dem Versagen ebendieser bei den Ermittlungen der NSU-Verbrechen zu einem weiteren Vertrauensverlust von Bürger*innen in staatliche Behörden geführt, insbesondere bei gesellschaftlich marginalisierten Gruppen. Zurecht fragen sie sich, inwieweit sie durch den Staat und seine Institutionen geschützt werden.

Der Aufklärungsprozess muss fortgesetzt werden, damit die offen gebliebenen Fragen so weit wie möglich beantwortet werden können. Wir fordern, dass die Aufklärung fortgesetzt wird, Opfer und Betroffene bessere Unterstützung erfahren und die Bekämpfung des Rechtsextremismus intensiviert wird. Aus unserer Perspektive ist es dringend notwendig, die unten aufgeführten Punkte zügig und konsequent umzusetzen. **Konkret schlagen wir vor:**

- Das konsequente Vorantreiben der laufenden Ermittlungen und der Aufnahme etwaiger zusätzlicher Ermittlungen in Bezug auf das NSU-Netzwerk. Die Aufklärung und Strafverfolgung möglicher regionaler Unterstützernetzwerke, die u.a. bei der Tatvorbereitung geholfen haben.



- Die weitere Aufklärung der Rolle von V-Leuten und Informant*innen von Sicherheitsbehörden im engeren Umfeld des NSU.
- Die Aufarbeitung der Anschläge in München, Halle und Hanau und des Mordes an Walter Lübcke.
- Die Einrichtung eines Opferfonds für die Betroffenen und Opfer rechter und rassistischer Gewalt auf Bundesebene. Außerdem fordern wir eine Reform der allgemeinen Opferhilfe, die aus der Perspektive der Betroffenen und Opfer weitergedacht werden soll.
- Die Einrichtung eines Archivs „rechter Terror“, in dem auch die Dokumente und Ergebnisse der 13 parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum NSU ausgewertet und Unterlagen dazu langfristig Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und der Zivilgesellschaft zugänglich gemacht werden. Dazu bedarf es der Schaffung einer rechtlichen Grundlage auf Bundesebene. Vor diesem Prozess sollte die Möglichkeit eines vorgelagerten Aktenvernichtungsmoratoriums in Bund und Ländern, insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz und Persönlichkeitsrechte, geprüft werden.
- Eine bessere Kooperation und Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden und deren Parlamentarischen Kontrollgremien bzw. Kontrollkommissionen auch über Ländergrenzen hinweg.
- Eine Verschärfung des Waffenrechts und die konsequente Umsetzung der Kontrollen durch die zuständigen Behörden.
- Die Neuordnung des Verfassungsschutzes auf Bundes- und Länderebene hin zu unabhängigen, wissenschaftlich und aus öffentlichen Quellen arbeitenden Instituten zum Schutz der Verfassung und einem verkleinerten Bundesamt bzw. Landesämtern für die Beobachtung von verfassungsfeindlichen und gewaltbereiten Bestrebungen. Der Einsatz von menschlichen Quellen muss auf den Prüfstand gestellt werden und braucht, da wo noch nicht geschehen, klare und rechtsstaatskonforme per Gesetz geregelte Grundlagen.
- Ein Demokratiefördergesetz auf Bundesebene mit dementsprechenden Maßnahmen auf Landesebene, um eine institutionelle, nachhaltige und auskömmliche finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wie auch der mobilen Beratungsteams und der spezialisierten Opferberatungsstellen für Betroffene rechter Gewalt zu gewährleisten.



- Einsetzung eines Expert*innenrates, der die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse der Länder und des Bundes bündelt und auswertet. Ziel soll es sein, Lücken in der Betrachtung des NSU-Komplexes zu schließen, offene Fragen zu identifizieren und einen Gesamtüberblick über die Aufklärungsarbeit des NSU-Komplexes in Bund und Ländern zu liefern.
- Die Aufarbeitung von institutioneller Diskriminierung und institutionellem Rassismus, insbesondere in den Sicherheitsbehörden.
- Ein Sofortprogramm zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung.
- Die Einsetzung weiterer Untersuchungsausschüsse, wo noch Aufklärungsbedarf besteht, besonders in Bayern und Hamburg.
- Die Etablierung einer gesamtgesellschaftlichen Erinnerungskultur an die rechtsterroristischen Anschläge der jüngsten Vergangenheit.

Wir sind der Überzeugung, dass für die wirksame Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus eine aktive Aufklärung und die tatsächliche Umsetzung der Konsequenzen aus dem NSU-Komplex zwingend notwendig sind. Für uns ergibt sich daraus eine dringende Handlungsnotwendigkeit für den Bund und die Länder.



Unterzeichner*innen

Susanne Bay, MdL

Stv. Fraktionsvorsitzende; Vorsitzende Arbeitskreis Landesentwicklung und Wohnen; Sprecherin für Bauen und Wohnen; Stv. Vorsitzende Arbeitskreis Finanzen
Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

Cemal Bozoğlu, MdL

Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus; Bürger*innenbeauftragter für Asyl und Migration
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag

Jürgen Filius

ehemal. Obmann der Fraktion GRÜNE in den NSU-Untersuchungsausschüssen des Landtags von Baden-Württemberg

Petra Häffner, MdL

Sprecherin für Polizei; Sprecherin für Sport; Vorsitzende des Bildungsausschusses; Stellvertretende AK-Vorsitzende Inneres, Digitalisierung und Kommunen
Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

Madeleine Henfling, MdL

Parlamentarische Geschäftsführerin; Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales, Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur, Medien, Netzpolitik und Datenschutz
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag

Astrid Rothe-Beinlich, MdL

Fraktionsvorsitzende; Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport, Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie für Aufarbeitung und Religion
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag

Alexander Salomon, MdL

Vorsitzender Arbeitskreis Wissenschaft, Forschung und Kunst; Mitglied im Finanz- und Petitionsausschuss
Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

Toni Schuberl, MdL

Rechtspolitischer Sprecher; Mitglied im Ausschuss für Recht, Verfassung, Parlamentsfragen und Integration
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag